Pressemitteilung

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

13.06.2018

Fußball-WM: FIFA muss Versprechen für Menschenrechte einlösen

DFB und Politik sollten FIFA in die Pflicht nehmen

Morgen, am 14.06.2018, beginnt die Fußballweltmeisterschaft der Männer in Russland. In ihren Richtlinien für Menschenrechte [http://resources.fifa.com/mm/document/affederation/footballgovernance/02/89/33/12/fifashumanrightspolicy_neutral.pdf] hat die FIFA versprochen, sich für den Schutz der Menschenrechte einzusetzen und Diskriminierung auch aufgrund der sexuellen Orientierung bei all ihren Tätigkeiten zu bekämpfen. Dazu erklärt ***Christian Rudolph, Bundesvorstand im Lesben- und Schwulenverband (LSVD):***

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) fordert, dass die FIFA bei der Fußball-WM in Russland deutlich macht, dass die von ihr verabschiedeten Richtlinien für Menschenrechte nicht nur Augenwischerei und heiße Luft sind. Sie sollte unmissverständlich klar machen, dass sie hinter allen Fans und Spielern steht, die sich während der WM für die Menschenrechte stark machen und etwa mit einer Regenbogenflagge oder ähnlichen Statements in Fußballstadien Solidarität mit russischen Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) zeigen. Die FIFA hat ausdrücklich versprochen, ihre Verantwortung ernst zu nehmen und die Achtung der Menschenrechte voranzutreiben.

Die deutsche Politik und der Deutschen Fußballbund (DFB) sollten die FIFA an ihre Versprechen erinnern und deren Umsetzung einfordern. Es gilt, nicht nur schöne Bilder zu produzieren, sondern auch hinter die Fassaden zu schauen und etwa auf Aufklärung über die brutale Verfolgung und Ermordung von homosexuellen und transgeschlechtlichen Menschen in Tschetschenien zu dringen. Ein Besuch vor Ort sollte auch mit einem Treffen mit unabhängigen russischen Menschenrechtsorganisationen sowie den Besuch von Veranstaltungen des russischen LSBTI-Sportverbands verknüpft werden.

Der LSVD unterstützt die Kampagne der Fraktion der Grünen/EFA im Europäischen Parlament [https://www.greens-efa.eu/russland2018] . Eine Petition fordert die FIFA und ihre Mitglieder auf, die Menschenrechtssituation in Russland zum Thema zu machen, für die Freilassung politischer Gefangener aus russischen Gefängnissen zu kämpfen und endlich kollektive Verantwortung für den Schutz von Menschenrechten zu übernehmen - auch bei der Auswahl künftiger Gastgeberländer.

Hintergrund

Auszüge aus den FIFA-Richtlinien für Menschenrechte (2017) [http://resources.fifa.com/mm/document/affederation/footballgovernance/02/89/33/12/fifashumanrightspolicy_neutral.pdf]

„Die FIFA ist bestrebt, über ihre Pflicht zur Einhaltung der Menschenrechte gemäss UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte hinauszugehen, indem sie Massnahmen ergreift, um die Menschenrechte zu schützen und deren Achtung positiv zu beeinflussen, insbesondere wenn sie ihren Einfluss geltend machen kann, um die Achtung der Menschenrechte

zu verbessern, oder es die Förderung der Menschenrechte im oder durch den Fussball betrifft.“ (S. 34)

„Diskriminierung ist im Fussball auf und neben dem Platz ein Problem. Die FIFA ist bestrebt, innerhalb der Organisation und bei all ihren Tätigkeiten ein diskriminierungsfreies Umfeld zu schaffen. Mit wirksamen Kontroll- und Vollzugsmechanismen bekämpft sie jede Form von Diskriminierung nach Massgabe von Art. 4 der FIFA-Statuten, wonach jegliche Diskriminierung eines Landes, einer Einzelperson oder von Personengruppen aufgrund von Hautfarbe, ethnischer, nationaler oder sozialer Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand, sexueller Orientierung oder aus einem anderen Grund verboten ist. Die FIFA achtet zudem besonders auf geschlechtsspezifische Ungleichbehandlungen, um diese zu bekämpfen, fördert die Gleichstellung von Frau und Mann und beugt allen Formen von Belästigung, einschliesslich sexueller Belästigung, vor.“ (S. 34f.)

Der LSVD⁺ – Verband Queere Vielfalt e.V. ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).
Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.